# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

**Organ für das werktätige Volk**

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., wöchentlich 45 Pf. Bringerlohn, Postbezug 1.96 M. zuzüglich Post- u. Zustellgebühr. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 361 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefannahme 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 151 | Dresden, Donnerstag, den 2. Juli 1931 | 42. Jahrgang


# Appell für Deutschland

## Grumbachs Referat in der Kammer

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funk.)

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer erstattete der sozialistische Abgeordnete Grumbach gemäß dem ihm vor einer Woche erteilten Auftrag einen Bericht über die gegenwärtige Lage Deutschlands, über die er sich während seiner Reise zum Leipziger Parteitag unterrichten konnte. An der Hand von Statistiken legte Grumbach in seinem einstündigen Vortrag die Not der Arbeitslosen, die Lasten, die die Arbeiterklasse zu tragen hat, und die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands dar. Er setzte die Gründe auseinander, die Frankreich dazu veranlassen müßten, Deutschland zu Hilfe zu kommen. Um vollkommen objektiv zu bleiben, überließ er es jedoch dem Ausschuß, aus seinen Darlegungen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Anschluß daran gab Loucheur ein Exposé über die Maßnahmen, die nach seiner Ansicht zur Besserung der Lage Deutschlands ergriffen werden müssen. Er sprach sich u. a. für ein allgemeines Moratorium, das sich auch auf die Privatschulden beziehen müsse, aus. Vor allem müsse man die deutsche Währung retten.

Die Kommission dankte den beiden Berichterstattern für ihre interessanten Ausführungen und beschloß, die Diskussion heute fortzusetzen und das Ergebnis ihrer Beratungen der Regierung zur Kenntnis zu bringen.

* * *

# Ergebnislose Verhandlungen

## Amerikanisches Memorandum an Frankreich

P. Paris, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Hoover-Aktion sind am Mittwoch nachmittag um 3.30 Uhr im Innenministerium fortgesetzt worden. Auch diese Beratung, die 1¼ Stunde dauerte, führte zu keinem positiven Ergebnis. Ministerpräsident Laval übergab der Presse nach der Sitzung folgendes Kommuniqué über die Beratung:

„Im Laufe der Sitzung haben Schatzkanzler Mellon und Botschafter Edge den Text eines Schriftstückes bekanntgegeben, das dazu bestimmt ist, Aufklärung über die Stellung der amerikanischen Regierung bei den im Gang befindlichen Verhandlungen zu geben. Dieses Memorandum läßt außer dem Willen der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen, noch merkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen erkennen. Das Dokument wird von der Washingtoner Regierung veröffentlicht, von den interessierten französischen Ministerien durchgearbeitet und im Laufe eines Ministerrats geprüft werden, der für morgen vormittag einberufen wurde. Die nächste Sitzung der französischen und amerikanischen Unterhändler findet Donnerstag abend um 9½ Uhr statt."

Das Kommuniqué zeigt, daß bisher eine Annäherung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt nicht erfolgt ist. Der späte Termin für die nächste Beratung ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Laval und Finanzminister Flandin am Donnerstag nachmittag in der Kammer festgehalten sind.

•

### Frankreich verliert mehr, als es gewinnt

#### Der Inhalt der Denkschrift

P. Paris, 1. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die amerikanische Denkschrift, die in Hoovers Auftrag von Castle und Morrow entworfen worden ist, umfaßt sieben Schreibmaschinenseiten und bringt u. a. deutlich zum Ausdruck, daß Frankreich durch die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages im Laufe des nächsten Jahres rund 100 Millionen Dollar mehr einbüßen werde, als wenn es dem Hoover-Plan zustimme. Zweifellos werde Deutschland, wenn der Hoover-Plan abgelehnt werden sollte, ein Moratorium für die geschützten Zahlungen erklären. Selbst unter der Voraussetzung, daß Deutschland fortfahren würde, die ungeschützten Zahlungen zu leisten, werde Frankreich zwar annähernd 105 Millionen Dollar erhalten, anderseits aber gezwungen sein, 106 Millionen Dollar als Garantiefonds an die BIZ. und weitere 110 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten und England abzuführen.

Das bedeutet also einen Verlust von 100 Millionen Dollar. Ferner wird erneut betont, daß die Gefahr einer Krise in Deutschland noch immer drohe. Schon der Hoover-Plan habe das Vertrauen wiederkehren lassen. Die Bedingungen, die Frankreich an die Annahme des Vorschlages knüpfe, stünden nicht im Einklang mit dem Geiste des Vorschlages des Präsidenten. Sie seien vielmehr geeignet, die beabsichtigte Hilfsaktion für Deutschland zu verhindern.

Das Memorandum wendet sich dann einzelnen umstrittenen Punkten zu. Amerika sei der Ansicht, daß sämtliche gestundeten Zahlungen über einen Zeitraum von 25 Jahren kumuliert werden sollten, und zwar zu einem Zinsfuß, der dem von den Gläubigerregierungen auf die eigenen öffentlichen Schulden gezahlten Durchschnittssatz entspreche. Wesentlich sei natürlich, daß die Zahlungen auf Grund aller bestehenden Abmachungen nach Ablauf eines Jahres wieder aufgenommen werden. Auf diese Weise wäre die Fortdauer der genannten Abmachungen keineswegs gefährdet. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei damit einverstanden, daß Deutschland den ungeschützten Teil der Annuitäten an die BIZ. abführe, vorausgesetzt, daß der Betrag der Reichsregierung auf dem Anleihewege unverzüglich zurückerstattet werde.

Aber der französische Wunsch, daß von der genannten Anleihe die hauptsächlichsten Mittel der deutschen Industrie und Finanzkonzernen zur Verfügung gestellt werden sollen, sei mit dem Plane Hoovers unvereinbar. Die Anregung der französischen Regierung, den Betrag von 25 Millionen Dollar aus ungeschützten Zahlungen besonders geschädigten mitteleuropäischen Ländern in Anleiheform zuzuweisen, stelle eine Verletzung des Hooverschen Vorschlages dar. Dagegen schlägt Amerika vor, daß diese relativ kleine Summe den in Frage kommenden Ländern durch eine korporative Aktion der Zentralbanken oder der BIZ. gegeben wird.

Die Washingtoner Regierung stellt in der Frage der Rückerstattung der gestundeten Beträge fest, daß sie auf einer fünfundzwanzigjährigen Laufzeit bestehen bleibe, doch sei eine Einigung über diesen Punkt nicht unmöglich, sofern andere Streitfragen aus der Welt geschaffen würden, insbesondere wenn während der nächsten zwei Jahre keine Rückzahlungen geleistet zu werden brauchten.

*

### „Torpedo gegen Young-Plan"

#### Französische Presse ist verschnupft

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funk.)

Das amerikanische Memorandum wird in den wenigen französischen Zeitungen, die zu ihm Stellung nehmen, fast durchweg ungünstig beurteilt. Nur der offiziöse Petit Parisien stellt fest, daß das Dokument in einer persönlichen, die französische Lage würdigenden Form gehalten sei und die Tür zu weiteren sachlichen Verhandlungen offen lasse.

Der Matin gibt kein Werturteil ab, erklärt aber, daß Frankreich unter Berücksichtigung der prinzipiellen Vorbehalte, die die Regierung, in Uebereinstimmung mit dem Parlament, klar formuliert habe, nicht abseits bleiben dürfe, damit es in einem Jahr sagen könne, es habe loyal an einem Unternehmen teilgenommen, das man als einen edelmütigen, aber letzten Versuch zur Besserung der deutschen Nachkriegsmentalität betrachten könne.

Das Journal schreibt, daß das amerikanische Memorandum nicht dazu angetan sei, eine Lösung zu erleichtern. Besonders sein Ton sei ärgerlich, da er den Anschein einer gerichtlichen Zahlungsaufforderung habe. Es sei ein sonderbares Vorgehen, Frankreich Beschlüsse aufzwingen zu wollen, für die es allein zu entscheiden habe. Diese Taktfehler seien um so bedauerlicher, als sie in keinem Verhältnis zu den Meinungsverschiedenheiten ständen, die durchaus nicht unlösbar seien. Der wahre Grund des Konfliktes zwischen Frankreich und Amerika bestehe darin, daß die Initiative Hoovers als ein gegen den Young-Plan gerichteter Torpedo angesehen werden müsse.

Das Echo de Paris bezeichnet die amerikanischen Methoden als unannehmbar. Die in dem Memorandum angeführten Gründe seien nicht überzeugender als am ersten Tage, an dem sie zum Ausdruck gebracht worden seien. Der Kern des ganzen Unternehmens sei, daß die amerikanischen Bankiers, die über die politische Lage Deutschlands sehr beunruhigt seien, ihre Kapitalien zurückziehen möchten und den Wunsch hätten, daß französisches Geld an ihre Stelle trete. Frankreich habe dem amerikanischen Vorschlag in weitgehendem Maße zugestimmt, aber in der Frage des Garantiefonds könne es nicht kapitulieren.

# Das Rätsel Stalin

**Von Elias Hurwicz**

Kurz hintereinander erscheinen neuerdings zwei Arbeiten über Stalin: die eine bringt Erinnerungen seines früheren Privatsekretärs Boris Bajanow, die andere eine große Biographie Stalins von Essad Bey, und noch eine dritte Arbeit ist, wie verlautet, in Vorbereitung! Zweifellos ein Zeichen der Zeit. Denn je mehr der Fünfjahrplan die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nimmt, desto mehr überträgt sich diese Aufmerksamkeit auch auf den Urheber des Planes, den „wunderbaren Georgier", wie Lenin ihn einst nannte.

Zwei Fragen sind es vor allem, die das Problem, das Rätsel Stalin ausmachen: Erstens: Wie ist dieser Mann, der nicht nur seinem Gegner Trotzki, der auch der ganzen sonstigen Welt als die „hervorragendste Mittelmäßigkeit der Partei" erscheint, und der lange Zeit der Welt, der russischen Oeffentlichkeit selbst, vollkommen verborgen bleibt, zu seiner unerhörten Macht gelangt?

Und zweitens: Wodurch vermag er diese Macht auch heute noch zu behaupten?

Vergeblich sucht man, dem berühmten Vorbild anderer Privatsekretär-Aufzeichnungen folgend, Antwort auf diese Fragen in den Erinnerungen Bajanows, der zumeist nur oberflächliche und flüchtige Eindrücke festhält. Weit aufschlußreicher ist die ausführliche Biographie Stalins von Essad Bey, aber sie muß mit Vorsicht genossen werden. Der Verfasser, der uns als „Landsmann Stalins" präsentiert wird, hat den Kaukasus tatsächlich als Kind verlassen. Er berichtet daher vieles nur vom Hörensagen im Vertrauen auf die Gutgläubigkeit westeuropäischer Leser und verfällt zuweilen bei der Ausschmückung seiner Darstellung geradezu in den Stil von Hintertreppenromanen. Die Aufgabe der Kritik ist es, hier Dichtung von Wahrheit zu scheiden. Die Wahrheit aber ist diese:

Vor 51 Jahren wurde Stalin als Sohn eines georgischen Schusters namens Dschugaschwili in Tiflis geboren. Das väterliche Handwerk wollte er aber nicht erlernen. Der Vater tat ihn schließlich in ein geistliches Seminar (welch eine groteske Vorstellung: Stalin als Priester!). Aber schon der junge Seminarzögling läßt sich von sozialistischen Ideen hinreißen, nimmt Fühlung mit den Arbeitern, wird aus der Anstalt ausgeschlossen, kommt in Konflikt mit der Polizei und wird schließlich nach Sibirien verbannt — der typische Weg eines russischen Sozialisten und Revolutionärs. Was aber Stalin aus der Masse der Gesinnungsgenossen schon damals heraushob, war rücksichtslose Tatkraft. Nicht Großtaten marxistischer Gelehrsamkeit, nicht überragende Intelligenz verschafften ihm einen besonderen Platz in der Partei der Bolschewiki, der er sich nach ihrer Abspaltung von der Sozialdemokratie anschloß, sondern Beraubung von Geldtransporten, die er im Kaukasus in den Jahren 1907 bis 1908 auf Weisung Lenins wiederholt ausführte: Taten, die „Expropriationen" hießen . . .!

Daß Lenin mit dieser kriminellen Kampfesform gegen den Zarismus den Joseph Dschugaschwili, späteren „Stalin", betraute, zeigt, wie er ihn einschätzte. Diese rücksichtslose Ergebenheit für die Partei begründete aber weitere Vertrautheit — und als Lenin ins Ausland geht, wird Stalin zu einem Mittelsmann zwischen ihm und den Getreuen in der Heimat. Gewiß, die Vergangenheit als Expropriateur gab nur wenig Legitimation zu einer solchen Rolle, und Essad Bey wird wohl recht haben, wenn er diese einfach dadurch erklärt, daß die bolschewistische Fraktion in Rußland damals ohne geistige Führer geblieben war, die sich fast sämtlich im Auslande aufhielten.

Nach dem Umsturz änderte sich alles. Lenin und Trotzki, Kamenew und Sinowjew kehrten nach Rußland zurück, und Stalin, der auch vorher nicht geglänzt hatte, trat nun vollends in den Schatten. Aber er blieb nicht etwa untätig. Namentlich im Bürgerkriege spielte er eine aktive, wenn auch nach außen hin wenig hervortretende Rolle und wurde schon damals dem Generalissimus Trotzki manchmal recht unbequem. Es entsprach durchaus diesem ganzen Schattendasein Stalins und seiner Vergangenheit, daß er einen internen Posten übernahm: den des Generalsekretärs der Partei. Aber auf diesem Posten laufen

# Deutsche Sachlieferungen

D. Berlin, 2. Juli. (Eig. Funk.)

Wie man hier an unterrichteter Stelle erfährt, läuft Amerikas neuester Vermittlungsvorschlag darauf hinaus, die ungeschützten Annuitäten bis auf weiteres durch deutsche Sachlieferungen sichern zu lassen.

Deutschland soll zum Zwecke der Finanzierung dieser Sachlieferungen langfristige Schuldverschreibungen in Höhe von rund 450 Millionen Mark jährlich ausgeben. Die Tilgung ist in 25 gleichen Raten, und zwar in der Zeit von 1933 bis 1958 gedacht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310702/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG